



## Medienmitteilung

Datum: 16. Januar 2012 – Nr. 01  
Sperrfrist: keine

---

### **Notfallkonzept Asyl: Abschluss von Rückübernahmeabkommen wichtigste Aufgabe**

**Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich das vom Bund vorgelegte Notfallkonzept Asyl. Namentlich die dargelegte Massnahme mit Abschluss von Rückübernahmeabkommen mit allen wichtigen Staaten und Sicherstellung des Vollzugs der Rückführungen erachtet er als zentral.**

Beim Notfallkonzept Asyl handelt es sich um ein vorsorgliches und vorbereitendes Planungsinstrument. Es basiert auf drei Lagestufen (normale, besondere und ausserordentliche Lage) und sieht für deren Bewältigung 34 Massnahmen vor. Das neue Planungsinstrument soll den Entscheidungsträgern ermöglichen, auf besonders kritische und ausserordentliche Entwicklungen im Asylbereich zeitgerecht, effizient und effektiv zu reagieren.

Der Regierungsrat ist mit den vorgeschlagenen Massnahmen grundsätzlich einverstanden. Der Abschluss von Rückübernahmeabkommen und die Sicherstellung des Vollzugs von Rückführungen erachtet er als zentrale Massnahme.

Der Regierungsrat stellt fest, dass das Thema Migration in den letzten Jahren teilweise politisch überzeichnet und in unwahrer Art und Weise instrumentalisiert wurde. Diese Situation habe dazu geführt, dass es aufgrund des Widerstands der Bevölkerung sowohl für den Bund als auch für die Kantone schwierig bis fast unmöglich geworden sei, neue Strukturen für Asylsuchende zu eröffnen. Die Massnahme zur Verpflichtung der Kantone, leerstehende Unterbringungskapazitäten als Reserve zu schaffen, erachtet er zum heutigen Zeitpunkt als unrealistisch.

Mit Skepsis begegnet der Regierungsrat dem Ansinnen, einen Anreiz zu schaffen, um einen oder mehrere Kantone für ein grosses Bundeszentrum auf ihrem Terrain zu gewinnen. Die Umsetzung dieser Massnahme würde einerseits davon abhängen, wie gross der zu schaffende Anreiz sein würde. Gleichzeitig würden andere Kantone, die kein Bundeszentrum erstellen könnten, zusätzlich mit einer höheren Aufnahmequote belastet, was Widerstand in der Bevölkerung auslösen würde.